

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1945 Band 3

Kriegsende ohne Frieden

Band 3/121: 02.08.1945 (Potsdamer Vereinbarungen)

Das Potsdamer Abkommen

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung. Während dieser Verhandlungen trafen die nordamerikanischen und britischen Außenpolitiker weitere verhängnisvolle Fehlentscheidungen.



Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).

Vor der Potsdamer Konferenz besaß US-Präsident Truman praktisch alle Trümpfe. Im Gegensatz zur Sowjetunion verfügte Nordamerika damals schon über einsatzfähige Atombomben, die ursprünglich gegen "Hitler-Deutschland" eingesetzt werden sollten (x041/191). Die Nordamerikaner hatten einen Tag vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz den ersten erfolgreichen Atombombentest in der Wüste von New Mexiko durchgeführt.

Die sowjetische Militärhilfe gegen Japan wurde eigentlich nicht mehr benötigt, denn Japans Armeen waren fast besiegt und hatten bereits mehrere Friedensangebote eingereicht. Der überforderte nordamerikanische Präsident Truman war jedoch trotz der japanischen Kapitulationsbereitschaft fest entschlossen, die Atombombe gegen Japan einzusetzen, um Stalin einzuschüchtern.

Den beteiligten Konferenzteilnehmern ging es in erster Linie um Reparationsregelungen, so daß sich die Potsdamer Verhandlungen schnell zu einem verbissenen Kampf um die Kriegsbeute entwickelten. Ferner wollte man den NS-Staat vollständig vernichten und die ehemalige deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht langfristig ausschalten.

Die Nordamerikaner und Briten hatten vor der Potsdamer Konferenz vereinbart, "nur" die preußischen Provinzen Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an die UdSSR bzw. Polen abzutreten. Diese Gebietsabtretungen genügten den Osteuropäern jedoch längst nicht mehr. Stalin verlangte für Polen schließlich alle deutschen Ostgebiete östlich der Oder und Görlitzer Neiße (außer Nord-Ostpreußen). Die zusätzliche Abtretung der dichtbevölkerten Provinzen Niederschlesien und Ostbrandenburg war für Churchill und US-Präsident Truman zunächst unannehmbar, deshalb ließen sie sich schließlich auf eine "Politik des Aufschubs" ("policy of postponement") ein.

Die Massenvertreibung der Deutschen wurde zwar während der Potsdamer Konferenz entschieden, aber die Vertreiberstaaten hatten vorher längst entscheidende Fakten realisiert. Für Stalin waren die geplanten Gebietsabtretungen schon lange erledigt, denn er hatte die Westverschiebung systematisch vorbereiten lassen und ab Ende Mai 1945 die Austreibung von großen Bevölkerungsteilen gefördert bzw. geduldet, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen aus Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn wurde trotz der langen Verhandlungsdauer nicht mehr ernsthaft diskutiert, sondern die sog. "Umsiedlung" der Deutschen wurde lediglich noch zur Kenntnis genommen.

Die westlichen Alliierten ordneten in Potsdam die Vertreibung der Ost- und Volksdeutschen zwar nicht kategorisch an, aber ihre leichtfertige Zustimmung machte die großangelegte Zwangsumsiedlung von Millionen von Deutschen zweifellos erst möglich. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz wurde ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten. Obwohl die Vertreiberstaaten versicherten, daß sie die Umsiedlungen geordnet und human abwickeln würden, hielt sich später niemand an die offiziellen Vereinbarungen und Zusagen.

Während der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin mehrfach, daß die deutschen Ostgebiete menschenleer seien (x150/12). Die polnische Regierung, die zeitweise als Gast in Potsdam teilnahm, gab nur noch 1,5 Millionen Deutsche an (x150/14). Diese Deutschen würden freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei wäre.

Churchill und Truman wurden vorsätzlich getäuscht, denn in Wirklichkeit hielten sich damals noch ca. 5,7 Millionen Reichs- und Volksdeutsche östlich der Oder-Neiße-Linie auf (x001/-78E). Diese osteuropäische "Verhandlungstaktik" beeinflusste sicherlich maßgebliche Entscheidungen der Potsdamer Konferenz.

Als Premierminister Churchill nach seiner Wahlniederlage bei den britischen Unterhauswahlen die Potsdamer Konferenz verlassen mußte, waren US-Präsident Truman und die ebenfalls unerfahrenen britischen Labour-Außenpolitiker sowie ihre Berater nicht mehr in der Lage, den

sowjetischen Diktator in die Schranken zu weisen, denn Stalin war ein erfahrener Machtpolitiker und knallharter Verhandlungsführer, der seine Gegner meistens in stundenlangen Debatten zermürbte (x114/2.103).

Der britische Premierminister Clement Richard Attlee und sein Außenminister Ernest Bevin konnten ihre Vorgänger nicht annähernd ersetzen. Churchills vorzeitiger Abgang stellte eine enorme Schwächung der britischen Delegation dar. Nach Churchills Rückzug konnte Stalin seine maßlosen Gebietsforderungen schließlich vollständig durchsetzen.

Die Potsdamer Konferenz war keine Friedenskonferenz. Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlichen Vertrag, denn die Potsdamer Beschlüsse entsprachen nicht den damaligen Kriterien eines internationalen Vertrages. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die betroffenen Deutschen waren damals in keiner Weise beteiligt.

Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte. Ungeachtet der weitreichenden Beschlüsse wurde damals kein völkerrechtliches Abkommen oder ein Friedensvertrag, sondern lediglich ein Gesprächsprotokoll ("14-Punkte-Protokoll") unterzeichnet.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Die Artikel VI über Königsberg und Ostpreußen, Artikel IX über die provisorische Westgrenze Polens und Artikel XIII über die "ordnungsgemäße Überführung" der im Osten verbliebenen Deutschen lösten letzten Endes die größte Vertreibung der Geschichte aus.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen. Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Nach der Potsdamer Konferenz setzte man in Polen und in der CSR die "wilden Vertreibungen" fort. Die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" und andere Abmachungen wurden häufig ebenfalls nicht beachtet.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 (also nicht mit Sudetenland), 114.296 qkm mit 9,62 Millionen Einwohnern (1939).

Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Statt der vorgesehenen "humanen" Aussiedlung der deutschen Bevölkerung der Ostgebiete kam es jedoch zur Vertreibung. Gegen das Abkommen verstieß auch die Eingliederung der sowjetisch verwalteten Ostgebiete am 17.10.45 und der polnisch verwalteten Ostgebiete am 12.1.49 in den jeweiligen Staatsverband.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die sowjetisch-polnischen "Täuschungsmanöver" während der Potsdamer Konferenz (x039/142-143): >>... Angesichts dieser Einwohnerzahlen (von etwa 5 bis 6 Millionen) für die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie im Sommer 1945 stimmte es merkwürdig, daß bei der fünften Sitzung der Potsdamer Konferenz am 21. Juli 1945 Stalin behauptete, daß nicht ein

einzigster Deutscher auf dem Territorium lebe, das Polen übergeben werden sollte.

Die Provisorische Regierung wurde auch gebeten, ihre Ansichten zur Oder-Neiße-Grenze vorzutragen. Präsident Boleslaw Bierut sprach von nur 1,5 Millionen Deutschen in den fraglichen Gebieten und sie würden "freiwillig ziehen, sobald die Ernte vorbei ist".

Damit wurden Churchill und Truman, die über die Zahl der noch umzusiedelnden Deutschen berieten, absichtlich getäuscht.

Churchill selbst hatte immer wieder gesagt, daß die Zahl der umzusiedelnden Deutschen in einem angemessenen Verhältnis zu den polnischen Umsiedlern aus den von Rußland annektierten Gebieten stehen müßte: "Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir zwei bis drei Millionen; doch eine Ausweisung von acht oder neun Millionen Deutschen ... war zu viel und völlig falsch."

Bezüglich der Rückkehr von Deutschen in ihre Heimat sagte er: "Es konnte Polen nicht gut tun, so viel zusätzliches Territorium zu gewinnen. Wenn die Deutschen es schon verlassen hatten, sollten sie zurückkehren dürfen. Wir wünschten keine breite deutsche Bevölkerung, die von ihren Nahrungsquellen abgeschnitten war. Die Ruhr lag in unserer Zone und falls sich nicht genügend Nahrung für die Einwohner finden ließ, mußte es zu Zuständen wie in deutschen Konzentrationslagern kommen."

Doch die Westalliierten kontrollierten nicht die Gebiete, aus welchen die Deutschen umgesiedelt werden sollten. Erst später bemerkten sie die Täuschungsmanöver der Polen und der Russen, die verschwiegen, daß die angestrebte Vertreibung weitere 5,6 Millionen Menschen umfassen sollte.

Erst im November 1945, als sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin um einen besseren Überblick bemühte, wurde klar, daß sehr viel mehr Deutsche, als vorher behauptet, noch in den Oder-Neiße-Gebieten lebten. Die Polnische Regierung sprach nun von 3,5 Millionen.

Dazu bemerkte Sir Orme Sargent in einem internen Bericht des britischen Foreign Office: "Genau so, wie wir in Potsdam ... betrogen wurden, als sie behaupteten daß nur 1,5 Millionen Deutsche östlich der Oder und Neiße geblieben seien, werden wir jetzt, wie ich fürchte, feststellen, daß es weit mehr Deutsche als die 3,5 Millionen sind, die der Kontrollkommission gemeldet wurden."

Er sollte Recht behalten.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Stalins Reaktion während der Potsdamer Konferenz am 24. Juli 1945 hinsichtlich des erfolgreichen Atombombenversuches in Los Alamos (x068/257-258): >>... Der Kremelchef registrierte dies höflich, doch ohne Neugier. Er wußte über die allgemeine Entwicklung bereits Bescheid.

Die Sowjetspionage funktionierte so vorzüglich, daß Stalin Vorhaben der USA oft früher erfuhr als manche von deren maßgeblichen Politikern.

Während des Krieges saßen US-Bürger als Spione Moskaus in den wichtigsten Regierungs- und Staatsstellen. Im Außenministerium zum Beispiel: Alger Hiss, Donald Hiss, Maurice Halperin, Robert T. Miller. Im Innenministerium: William Park, Joseph Gregg, Bernhard Redmond. Auch im Justizministerium, im Landwirtschaftsministerium, im Handelsministerium saßen Sowjetspione. Im Pentagon (US-Verteidigungsministerium) hockten die Moskauer Agenten: Duncan Lee, Helen Tenney, ... William L. Ullmann, George Silverman, ... Edward Fitzgerald, John Abt, Irving Kaplan u.a.

Sowjetspion Alger Hiss war nicht nur persönlicher Berater Roosevelts in Jalta, sondern auch Generalsekretär der Konferenz in San Franzisko. Über den Sowjetagenten Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium und Vater des Morgenthau-Plans, berichtet FBI-Chef Edgar Hoover 1945 dem Präsidenten: "Das einzige, was gegen Harry Dexter White un-

ternommen wurde, war, daß man ihm im folgenden Jahr einen noch wichtigeren Posten beim Internationalen Währungsfonds gab. ... Ein hoher Regierungsbeamter, der Spionage beschuldigt, wird auf einen noch höheren Posten befördert, wo er Zugang zu noch geheimem Material hat und eine noch größere Rolle bei der Gestaltung der Nachkriegspolitik spielt".

Als das genaue Ausmaß des sowjetischen Spionagerings in den USA unter Truman durchsickerte, brach der McCarthyismus aus. Nun fiel man aus einer jahrzehntelangen fast unglaublichen Naivität ins andere Extrem. Eine wahre Massenhysterie entstand, und man witterte beinahe hinter allem und jedem bolschewistische Agenten. ...<<

Churchill berichtet später in seinem Buch "Der Zweite Weltkrieg" über seinen Rücktritt am 26. Juli 1945 wegen der Wahlniederlage bei den britischen Parlamentswahlen (x024/126):

>>Diese letzte Konferenz der "Drei" endete mit einer großen Enttäuschung. ... Vielleicht hätte man in Potsdam noch etwas retten können, aber die Auflösung der britischen Nationalen Regierung und meine Entfernung vom Schauplatz zu einem Zeitpunkt, da ich immer noch großen Einfluß und große Macht besaß, vereitelten jede befriedigende Lösung. ...<<

Stalin begründete die deutschen Gebietsabtretungen damals mit dem polnisch-sowjetischen "Sicherheitsbedürfnis" (x149/115): >>... Im Laufe der letzten 25 Jahre sei Deutschland zweimal über Polen in Rußland eingefallen. Weder die Engländer noch die Amerikaner hätten solche Invasionen erlebt, die kaum erträglich seien und deren Folgen man nicht so leicht vergessen könne.

Diese deutschen Invasionen seien nicht einfach Kriegsführung, sondern den Einfällen der Hunnen vergleichbar. ... So habe Polen als Vorfeld für die deutschen Angriffe auf Rußland gedient. Polens Schwäche und Feindseligkeit habe zugleich eine erhebliche Schwächung der Sowjetunion bedeutet, Rußland sei daher wesentlich daran interessiert, ein starkes und befreundetes Polen zum Nachbarn zu haben.<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt später über Stalins Motive (x028/211-212): >>... Eine so unnatürliche Grenze wie die Oder-Neiße-Grenze konnte nur mit Waffengewalt aufrechterhalten und verteidigt werden ... Das aus einem guten Stück Deutschland herausgeschnittene Polen müßte sich schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb des ständigen Wohlwollens der Russen versichern, und zwar zu deren Bedingungen.<<

Harry S. Truman schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x063/605-606, x149/115): >>... Wir standen in Potsdam einem fait accompli (vollendeten Tatsachen) gegenüber, wir waren durch die Umstände so gut wie gezwungen, die russische Besetzung Ostpolens und der polnischen (Besetzung) des deutschen Gebietes östlich der Oder zuzustimmen. Es war ein dreister Gewaltakt. ...<<

>>... Das von den Russen mitunterzeichnete Dokument eröffnete die Aussicht auf eine friedliche Zusammenarbeit in Europa. Trotzdem hatte ich einsehen müssen, daß die Russen rücksichtslose Verhandlungspartner waren. ... Macht ist das einzige, was die Russen verstehen.<<

US-Senator Charles W. Vursell (1888-1974) berichtet später über das Potsdamer Abkommen (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Churchill kritisiert später die britischen Konferenzteilnehmer in Potsdam (x024/109-110, x028/106): >>... Weder ich noch Eden hätten die westliche Neiße akzeptiert. Als Kompensation für Polens Rückzug auf die Curzon-Linie hatten wir die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis zur Oder und östlichen Neiße anerkannt, doch nie hätte eine Regierung, deren Chef ich war, sich damit einverstanden erklärt, die Grenze bis zur westlichen Neiße zu

erstrecken, nur weil die russischen Armeen das Gebiet dazwischen und darüber hinaus besetzt hatten.

Das war nicht nur eine Frage des Prinzips, sondern vielmehr eine praktische Angelegenheit von enormer Tragweite, da es dabei um die Entwurzelung von weiteren 3 Millionen Menschen ging. Hier war Unrecht im Werden, gegen das unter dem Gesichtspunkt der künftigen Befriedung Elsaß-Lothringen und der Polnische Korridor nicht viel mehr als Kleinigkeiten waren. ...<<

>>... Die Briten hatten schwere moralische Bedenken gegen umfangreiche Bevölkerungsumsiedlungen. Wir konnten eine Ausweisung von ebenso vielen Deutschen akzeptieren, wie Polen aus Ostpolen östlich der Curzon-Linie übersiedelten, sagen wir, 2 bis 3 Millionen; doch eine Ausweisung von 8 oder 9 Millionen Deutschen, wie sie die polnischen Forderungen mit sich brachten, war zu viel und völlig falsch.<<

Der britische Politiker Robert Boothby berichtet später über die Folgen der Potsdamer Konferenz (x338/286): >>... Jalta ebnete den Weg nach Potsdam, wo ... zwischen Rußland, Polen und Deutschland Grenzen gezogen wurden, die mit Ausnahme der Curzon-Linie nicht den Schatten einer geographischen oder ethnographischen Berechtigung hatten und die wirtschaftlichen Gegebenheiten völlig unberücksichtigt ließen.

Dies führte unmittelbar zu den Zwangsdeportationen. Millionen von ... Deutschen wurden wie das Vieh, nicht einmal im Viehwagen, weggetrieben. Von Deutschland wurde ein Viertel seiner bestellten Fläche abgetrennt. Durch das Hereinströmen der Flüchtlingsmassen von allen Seiten in den verstümmelten Rumpf wurden weitere Millionen praktisch dem Hungertode preisgegeben. ...<<

Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk schreibt später über die Potsdamer Konferenz (x069/-208): >>An die Stelle Roosevelts ist Truman getreten. Churchill hat in Voraussicht seines Sturzes seinen Nachfolger Attlee mitgebracht. Tiefeinschneidende Beschlüsse werden gefaßt, in den wichtigsten Fragen aber kommt man zu keiner Einigung.

Die Reste der deutschen Flotte werden unter den 3 Siegermächten aufgeteilt. In Zukunft soll Deutschland keine seefähigen Schiffe und auch keine Flugzeuge mehr besitzen. Synthetisches Benzin, Buna und andere Werkstoffe dürfen nicht mehr hergestellt werden. Die Sieger bemächtigen sich sämtlicher Patente und nehmen das deutsche Auslandsvermögen sowie zahlreiche Industrieanlagen in Anspruch. In den nächsten Jahren werden in den westlichen Besatzungszonen 8 % aller Werke demontiert, in Berlin 50 %, in der Sowjetischen Besatzungszone 45 %.

Die Sieger verpflichten sich zwar, während der Besatzungszeit "Deutschland als eine einzige wirtschaftliche Einheit" zu behandeln, riegeln aber schon bald ihre Besatzungsgebiete voneinander ab. Sie erklären auch, sie wollten "dem deutschen Volk genügend Mittel übrig lassen, um es in die Lage zu versetzen, ohne fremde Hilfe zu bestehen", ihre Maßnahmen aber machen das völlig unmöglich. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Potsdamer Konferenz (x001/105E-107E,143E): >>... Auf der Potsdamer Konferenz waren die Regierungen der UdSSR, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens übereingekommen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und der Lausitzer Neiße bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Grenzen in einem künftigen Friedensvertrag unter die Verwaltung des polnischen Staates zu stellen.

Es kann nach der heute möglichen Einsicht in die diplomatische Vorgeschichte der Entstehung der Oder-Neiße-Linie kein Zweifel sein, daß die Westmächte gegen Ende des Krieges im Prinzip mit der UdSSR, darüber einer Meinung waren, "daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten solle".

Anzunehmen ist jedoch, daß sie schließlich nach anfänglichem Schwanken die künftigen pol-

nischen Grenzen nicht bis zur Oder und Lausitzer Neiße ausgedehnt wissen wollten. Auch nach Potsdam betonten die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt, was schon eindeutig aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse hervorging, daß die Frage der Westgrenzen Polens nach wie vor offen sei und erst der Regelung in einem künftigen Friedensvertrag bedürfe.

Wenn sich die Westmächte dennoch in Potsdam darauf einließen, die deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße provisorisch der Verwaltung des polnischen Staates zu unterstellen, so war das außer aus taktischen Überlegungen unter dem Zwang von vollendeten Tatsachen geschehen, vor die sich die Vertreter der angloamerikanischen Staaten in Potsdam gestellt sahen.

Entgegen den Beschlüssen der Großen Drei in Jalta waren weite Gebiete Ostdeutschlands ohne Fühlungnahme mit den Westmächten durch einseitige russisch-polnische Maßnahmen der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt worden, und sowohl die Ansiedlung von Polen in Ostdeutschland als auch die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung hatten schon begonnen.

Da die Vertreter der Westmächte außerstande waren, die Sowjets zu zwingen, dieses Vorgehen wieder rückgängig zu machen, und da sie vor allem Wert darauf legten, daß die sich bereits anbahnenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten nicht zu einem Scheitern der ganzen Konferenz führten, haben sie sich veranlaßt gesehen, der polnischen Verwaltungshoheit in Ostdeutschland als einem Provisorium zuzustimmen.

Obwohl aus der Formulierung der Potsdamer Beschlüsse eindeutig hervorgeht, daß die Zustimmung der Westmächte zu dem geschaffenen Provisorium keinerlei Festlegung hinsichtlich des Verlaufes der künftigen deutsch-polnischen Grenze bedeutet, so haben doch die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in verhängnisvoller Weise unberücksichtigt gelassen, daß auch aus einem Provisorium ein Dauerzustand werden konnte, wenn künftige Meinungsverschiedenheiten den Abschluß eines Friedensvertrages verhindern sollten.

Von dem Vorwurf, dies entweder nicht gesehen oder es stillschweigend übergangen zu haben, um das Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erhalten, sind die Westmächte fraglos nicht freizusprechen. - Die eigentlichen Urheber jenes Beschlusses über die polnische Verwaltungsübernahme östlich der Oder und Neiße sind jedoch die UdSSR, und die ihnen hörige polnische Regierung gewesen, die in bewußter Absicht und mit Erfolg eine Politik der vollendeten Tatsachen getrieben hatten.

Bereits am 5. Februar 1945 gab Boleslaw Bierut als Ministerpräsident der Provisorischen Regierung der Polnischen Republik in einer Presseerklärung bekannt, daß Polen die Zivilverwaltung in den Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie übernommen habe. Faktisch lag zu dieser Zeit die Befehlsgewalt über die deutschen Ostprovinzen, soweit sie bis dahin schon von der Roten Armee erobert waren, bei der sowjetischen Armeeführung, aber aus der Erklärung Bieruts wird deutlich, daß der von der Sowjet-Union allein anerkannten polnischen Regierung bereits im Februar 1945 prinzipiell die Verwaltungshoheit über die deutschen Ostgebiete durch die sowjetische Regierung eingeräumt wurde.

In weiten Gebieten Ostdeutschlands haben aber auch faktisch die inzwischen gebildeten polnischen Behörden bereits lange vor dem Potsdamer Abkommen die Verwaltung ausgeübt.

In auffälliger Weise geschah dies im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Am 30. März 1945 erließ die polnische Provisorische Regierung das Dekret "Über die Bildung der Wojewodschaft Danzig", welches das Gebiet des ehemaligen Freistaates dem polnischen Staat einverleibte und der polnischen Gesetzgebung unterstellte.<<

>>... Als schließlich im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung offiziell verfügt wurde, war damit noch keineswegs über alle Fragen Klarheit geschaffen. So sagte dieser Artikel über das künftige Schicksal der deutschen Bevölke-

rung im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens überhaupt nichts aus, und die Ausweisung der Deutschen aus Polen wurde mit dem sehr undeutlich formulierten Satz begründet: "Die drei Regierungen ... erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Eine Definition dessen, was unter Polen zu verstehen sei, enthielt der Artikel nicht. Nichts war darüber ausgesagt, ob die ostdeutschen Gebiete, die nur unter polnische Administration gestellt waren, davon betroffen sein sollten, was von den polnischen und sowjetischen Politikern einfach unterstellt wurde, während die Staatsmänner der Westmächte absichtlich oder unabsichtlich diese Unklarheit nicht aufhellten.

Im übrigen bestimmte der Artikel XIII des Potsdamer Abkommens, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung "in an orderly and humane manner" (d.h. in geordneter und humaner Weise) durchzuführen sei, und enthielt die Aufforderung an die polnische Regierung, weitere Ausweisungen einzustellen, bis durch den Kontrollrat die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Besatzungszonen geprüft worden und ein Ausweisungsplan aufgestellt sei. An diese Beschlüsse hat sich die polnische Regierung jedoch wenig gehalten. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Konferenz von Potsdam (x306/89): >>... Zu einer Auseinandersetzung über die Gültigkeit des Potsdamer Abkommens führte der Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht über das am 17. August 1956 verkündete Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die KPD war wegen "Verstoßes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" (Art. 21 des Grundgesetzes) verboten worden. Die Vertreter der KPD, vor allem der Ostberliner Professor Kröger, vertraten die Ansicht, daß dem Potsdamer Abkommen eine normative Kraft innewohne, die gegenüber dem Begriff "freiheitlich demokratische Ordnung" den Vorrang habe, zumal dessen Bestandteil "demokratisch" im Potsdamer Abkommen inhaltlich festgelegt sei. Das Potsdamer Abkommen sei ein völkerrechtlicher Vertrag und nicht nur ein völkerrechtliches Abkommen der Unterzeichnermächte ...

Die Bundesregierung entgegnete durch Professor Kaufmann, daß es sich in Potsdam um ein Verwaltungsabkommen der Besatzungsmächte gehandelt habe, das nur für diese verpflichtende Wirkungen habe und keinesfalls das deutsche Volk als "Normenadressat" habe. ...

Das Bundesverfassungsgericht beschritt im Urteil einen mittleren Weg: "Mangels einer Einigung der Alliierten aber galt die allgemeine Regel des Potsdamer Abkommens, wonach die höchste Regierungsgewalt in Deutschland den Oberbefehlshabern der Streitkräfte, jedem in seiner Besatzungszone, übertragen ist. Auch wenn man also der Ansicht der KPD über die rechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für das deutsche Volk folgen wollte, wären nach dieser Bestimmung für das deutsche Volk bei der Ausgestaltung seiner Staatsordnung nur etwaige Entscheidungen der zuständigen Zonenbefehlshaber dafür maßgebend gewesen, was über die Festlegung des Potsdamer Abkommens hinaus als demokratisch zu gelten habe." Demokratisch ist, was die Zonenbefehlshaber als demokratisch bezeichnen. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über die "Potsdamer Konferenz" (x287/187): >>... In Potsdam hatten die Westmächte die Annexion Nordostpreußens mit dessen Hauptstadt Königsberg durch die UdSSR hingenommen. Truman und der ahnungslose Attlee verpflichteten sich, diesen sowjetischen Gebietsanspruch bei einer endgültigen Friedensregelung zu unterstützen.

Schon vor der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetunion das restliche Ostpreußen und die übrigen Reichsgebiete östlich der Oder und Neiße den Polen übertragen. Die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung stand jedoch im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen.

Denn erstens fand diese größte Massenvertreibung der europäischen Geschichte weder "ordnungsgemäß" noch "human" statt, wie man vorsah. Und zweitens, hätte sich die Vertreibung nur auf altpolnische Gebiete erstrecken dürfen, also nicht auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, da Südostpreußen, das Territorium der früheren Stadt Danzig, Ostpommern und Schlesien erst laut Potsdamer Protokoll unter polnische Verwaltung gestellt wurden, und zwar mit dem juristischen Vorbehalt, die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückzustellen. ...

Völkerrechtlich ging das Potsdamer Abkommen von Deutschland in seinen Grenzen von 1937 aus, wie sie sich aus dem Versailler Friedensvertrag und der Saarabstimmung ergaben. Die Ostgebiete wurden ... nur vorläufig unter sowjetische und polnische Verwaltung gestellt, da der Übergang der Gebietshoheit formalrechtlich nur durch einen Friedensvertrag erfolgen konnte.

Theodor Veiter vermißt eine völkerrechtliche Grundlage für die Massenausiedlung der mehr als zwölf Millionen deutschen Menschen (wobei 1,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren); denn rechtlich sei die Oder-Neiße-Linie keine Grenze. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über das "Potsdamer Abkommen" (x051/453): >>Potsdamer Abkommen, von den Regierungschefs von Großbritannien (Attlee), der UdSSR (Stalin) und der USA (Truman) unterzeichnetes Abschlußkommuniqué der Konferenz, die vom 17.7. bis 2.8.45 in Potsdam stattfand.

Vorausgegangen waren der Konferenz, an der neben den Regierungschefs auch die Außenminister teilnahmen, die Kapitulation des Deutschen Reiches am 7./8.5.45 und die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch den Alliierten Kontrollrat auf der Grundlage der Junideklaration vom 5.6.45.

Der wichtigste Teil des Potsdamer Abkommens, Artikel III, hatte die territorialen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschlands zum Inhalt und sah Maßnahmen vor, "die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann" und die Deutschland zugleich darauf vorbereiten sollten, "sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen", damit es so "zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einnehmen" könne.

Politische Bestimmungen:

1. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, d.h. die Vernichtung aller seiner Waffen und militärischer Einrichtungen und die Auflösung aller seiner Streitkräfte;
2. Entnazifizierung, d.h. Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen, Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze, Internierung der führenden Nationalsozialisten und einflußreicher Anhänger der NSDAP sowie Entfernung aktiver NSDAP-Mitglieder aus öffentlichen Ämtern, außerdem Inhaftierung und Aburteilung von Kriegsverbrechern;
3. Demokratisierung, u.a. durch Erlaubnis zur Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und die Wahl von Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesparlamenten;
4. Dezentralisierung, d.h. der Aufbau einer dezentralisierten deutschen Verwaltung; nur im Bereich der Wirtschaft, des Verkehrs- und Transportwesens sollten zentrale deutsche Verwaltungsstellen erhalten oder neu errichtet werden.

Wirtschaftliche Bestimmungen:

1. Verbot der Rüstungsproduktion;
2. Dekartellisierung und (teilweise) Demontage der deutschen Wirtschaft;
3. Förderung der Friedensindustrie, der Konsum- und der Landwirtschaft;
4. Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Alliierten;
5. Instandsetzung oder Neubau von Verkehrswegen, Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen.

gen als vordringliche Aufgabe;

6. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit;

7. Erhebung von Reparationen; jede der vier Besatzungsmächte sollte Reparationen (in Sachwerten) nur aus ihrer eigenen Besatzungszone entnehmen, die UdSSR darüber hinaus aus der amerikanischen, britischen und französischen Zone 15 % der erhalten gebliebenen, für die Friedensproduktion nicht benötigten industriellen Anlagen im Austausch gegen andere Güter und 10 % ohne Gegenleistung erhalten. Die Höhe der Reparationen wurde nicht festgelegt; doch sollten diese "dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne Hilfe von außen zu existieren".

Territoriale Regelungen:

1. Übergabe Königsbergs und des angrenzenden nördlichen Ostpreußens "vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedenskonferenz" an die UdSSR;

2. Unterstellung der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie einschließlich der ehemaligen Freien Stadt Danzig "unter die Verwaltung des polnischen Staates", doch "endgültige Festlegung der Westgrenze Polens" ebenfalls erst auf der Friedenskonferenz;

3. Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn und Umsiedlung nach Deutschland "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" (Vertreibung).

Die provisorische französische Regierung stimmte am 4.8. dem Potsdamer Abkommen im Wesentlichen zu. Es bildete die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Verantwortung der vier Mächte (Großbritannien, Frankreich, UdSSR und USA) gegenüber Deutschland als Ganzem und für die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit. Doch hält die UdSSR (und ebenso die DDR) die territorialen Regelungen des Potsdamer Abkommens für endgültig, während die Westmächte (wie auch die Bundesrepublik) daran festhalten, daß diese erst durch einen – bis heute nicht zustande gekommenen - Friedensvertrag endgültig rechtsverbindlich zu treffen seien.<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Helmuth G. Dahms berichtet später über die Potsdamer Konferenz (x090/306): >>... Moskau hatte die Einladung Frankreichs zur Potsdamer Konferenz hintertrieben. Die sowjetische Position verbesserte sich auch, als Churchill infolge des Ausgangs der britischen Wahl abgelöst wurde. Stalin rechnete nur mit Truman als gleichwertigen Verhandlungspartner, von dem bekannt war, daß er die nordamerikanischen Truppen schon bald aus Europa zurückziehen wollte.

Trumans Berater durchschauten die Absichten des sowjetischen Diktators. Der Präsident schloß deshalb einen Formelkompromiß. Jede Besatzungsmacht erhielt das Recht, sich aus der Reparationsmasse der eigenen Zone zu bedienen. Die UdSSR sollten zusätzlich 10 % der westlichen Entnahmen erhalten, weitere 15 % im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle und Kalisalz.

Das Verlangen, die willkürlich gezogene polnische Westgrenze anzuerkennen, lehnten die Westmächte ab. Allerdings galten die deutschen Ostprovinzen nun nicht länger als "Teil der Sowjetischen Besatzungszone". Eine neue Definition der Oder-Neiße-Linie erlaubte Stalin sogar, noch mehr Gebiet - Stettin und Swinemünde mit 850 qkm - der polnischen Verwaltung zu überlassen.

Der westliche Vorbehalt, die Grenzfrage bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen, wurde weiter erschwert durch den Beschluß, alle Deutschen "in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" auszusiedeln, denn damit waren auch die Bewohner der Ostprovinzen gemeint. ...

Die Konferenz formulierte Maximen für die Liquidierung des Nationalsozialismus. Begriffe wie Umerziehung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, Dezentralisierung und Dekartellisierung wurden zu Grundsätzen der Besatzungspolitik. Nicht nur Kriegsverbrecher, auch Personen, die an "nazistischen Maßnahmen" teilgenommen hatten, sollten interniert und vor Gericht gestellt werden.

Die Siegermächte wollten im Kontrollrat gemeinsam und einstimmig beschließen, aber jede (Macht) auch für sich allein entscheiden. Sie sicherten den Menschen in ihren Besatzungszonen gleiche Behandlung zu, doch diese war von vornherein unmöglich, weil die Konferenz kein einheitliches Reparationsgebiet schuf und an dem sowjetischen Sonderweg nichts auszusetzen fand.

Das "Potsdamer Abkommen" vom 2. August 1945 war kein völkerrechtlich bindender Vertrag. Verschiedene Textstellen hatten lediglich den Charakter vager Absichtserklärungen. Der "Protokoll" genannte Schriftsatz wurde nicht ratifiziert. Frankreich verweigerte dem beschlossenen Aufbau deutscher "Zentralbehörden" seine Zustimmung und forderte zuerst die Abtretung des Rheinlandes, des Saar- und Ruhrgebietes.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über die Potsdamer Konferenz (x024/203-204): >>Britten und Amerikaner erkannten bald, daß ihre allzu rasche Zustimmung zur Vertreibung von Polen und Deutschen ein politischer Fehler gewesen war. Schließlich hatte Großbritannien Deutschland wegen der Garantie der polnischen Grenzen den Krieg erklärt.

Als später Stalin den Anspruch auf Ostpolen nicht aufgab, hatten sich Briten und Amerikaner gegen diese Absicht des Diktators nicht durchsetzen können. Die Vertreibung der Deutschen geriet sowohl flächen- als auch zahlenmäßig außer Kontrolle der Westalliierten. Auch wenn Stalin sie durch falsche Zahlen getäuscht hatte, blieb ihre Mitverantwortung und Mitschuld. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über die entscheidenden politischen Fehler der westlichen Alliierten während der Konferenz in Potsdam (x080/339-341): >>Während Stalin in Potsdam die verschiedensten unbegründeten Ansprüche auf unbesetzte oder von den Alliierten besetzte Territorien erhob und wieder fallen ließ und auf diese Weise "Zugeständnisse" machte, festigte er letztlich seine Position in Osteuropa.

... Am Vorabend der Konferenz wurde der erste Atombombentest in der Wüste von New Mexico durchgeführt. Truman informierte Stalin, daß die USA nun über eine höchst wirksame neue Waffe verfügten. Stalin, der durch Klaus Fuchs und andere Spione bereits alles über das Projekt wußte, erwiderte lediglich, er hoffe, die Waffe würde gegen Japan eingesetzt.

Fast 4 Jahre hatten die Alliierten nach den falschen Grundsätzen gehandelt. ...

Stalin hatte auf der ganzen Linie gesiegt. Das lag daran, daß er es ebenso wie in der Vergangenheit geschafft hatte, zumindest zeitweise einen "liebenswürdigen" Eindruck zu erwecken. Er spielte die Karte der gigantischen Kriegsanstrengungen Rußlands aus, um vom Westen Zugeständnisse zu erlangen. ...

Stalin hatte dem NKWD im Zusammenhang mit den Moskauer Schauprozessen gesagt, der Westen werde das "schlucken". Jetzt praktizierte er ähnliche Täuschungsmanöver, und wieder fand er genügend Dumme, die darauf hereinfließen. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan (1904-2005) schreibt nach dem Potsdamer Abkommen über das nordamerikanisch-sowjetische Verhältnis (x156/17-18):

>>Die Idee, Deutschland gemeinsam mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn. Ein ebensolcher Wahn ist es, zu glauben, die Russen und wir könnten uns eines schönen Tages höflich zurückziehen, und aus dem Vakuum werde ein gesundes und friedliches Deutschland steigen.

Wir haben keine andere Wahl, als unseren Teil von Deutschland - den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben - zu einer Form von Unabhängigkeit zu führen, die so befriedigend, so gesichert, so überlegen ist, daß der Osten sie nicht gefährden kann. Das ist eine gewaltige Aufgabe für (die) Amerikaner. Aber sie läßt sich nicht umgehen; und hierüber, nicht über undurchführbare Pläne für eine gemeinsame Militärregierung, sollten wir uns Gedanken machen.

Zugegeben, daß das Zerstückelung bedeutet. Aber die Zerstückelung ist bereits Tatsache, wegen der Oder-Neiße-Linie. Ob das Stück Sowjetzone wieder mit Deutschland verbunden wird oder nicht, ist jetzt nicht wichtig. Besser ein zerstückeltes Deutschland, von dem wenigstens der westliche Teil als Prellblock für die Kräfte des Totalitarismus wirkt, als ein geeintes Deutschland, das diese Kräfte wieder bis an die Nordsee vorläßt.

... Wenn wir auch unsere übernommenen Verpflichtungen bei der Kontrollkommission loyal erfüllen sollten, so dürfen wir uns doch über die Möglichkeiten einer Dreimächtekontrolle keine Illusionen machen. ... Im Grunde sind wir in Deutschland Konkurrenten der Russen. Wo es in unserer Zone um wirklich wichtige Dinge geht, sollten wir in der Kontrollkommission keinerlei Zugeständnisse machen.

Es versteht sich - bei solchen Überzeugungen, daß ich die Arbeit der Konferenz von Potsdam mit Skepsis und Entsetzen verfolgte. Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, daß mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Kommuniqué am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, daß die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei.

Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie "demokratisch", "friedlich", "gerecht" in einem Abkommen mit den Russen lief allem zuwider, was 17 Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. Die Behauptung z.B., wir würden zusammen mit den Russen das deutsche Erziehungssystem "nach demokratischen Richtlinien" umformen, ließ Rückschlüsse zu, die nach allem, was wir von der Geisteshaltung der sowjetischen Führer und den damaligen russischen Erziehungsgrundsätzen wußten, völlig ungerechtfertigt waren.

Noch erschreckender las sich die von uns verkündete Absicht, in Zusammenarbeit mit den Russen das deutsche Rechtswesen so umzugestalten, daß es "den Prinzipien der Demokratie", der Urteilsfindung nach Recht und Gesetz und der gleichen Behandlung aller Bürger ohne Ansehen von Rasse, Nationalität oder Religion" entspräche. Für die weitere Behauptung, man werde die politische Tätigkeit "demokratischer Parteien und die dazugehörige Versammlungsfreiheit und öffentliche Diskussion" nicht nur gestatten, sondern "ermutigen", würden mildernde Umstände schwer zu finden sein.

Jeder Mensch in Moskau hätte unsern Unterhändlern sagen können, was die sowjetische Führung unter "demokratischen Parteien" verstand. Die Irreführung der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen durch die Verwendung eines solchen Ausdrucks in einem Dokument, das außer von Stalin auch von den Herren Truman und Attlee unterzeichnet war, ließ sich selbst mit allergrößter Naivität nicht entschuldigen.

Was die Reparationen betraf, so schienen mir die Potsdamer Beschlüsse zu diesem Thema nichts als eine weitere Extrapolation der in Teheran eingeleiteten Politik des Wunschdenkens, die nicht anders als mit einem völligen Fehlschlag enden konnte (daß sie das schließlich tat, zeigt General Clays Befehl vom 3. Mai 1946, alle Lieferungen von Reparationsgütern aus der Amerikanischen Zone in den Osten zu stoppen).

Ein paar Monate davor hatte ich schon einmal in einem Privatbrief geschrieben, es wäre albern, sich einzubilden, daß wir ein solches Vorhaben gemeinsam mit den Russen verwirklichen könnten. Es würde in den einzelnen Zonen einfach auf ein Catch-as-catch-can hinauslaufen. Wir würden an Reparationen gerade so viel erhalten, wie wir in unserer Zone nehmen könnten und wollten, und sonst nichts.

Bei den Russen könne man unterstellen, daß sie in ihrem Besatzungsgebiet ganz nach eigenem Belieben verfahren würden, ohne Rücksichten auf irgendwelche Abkommen mit uns. Da ich diese Meinung schon seit 1944 vertreten hatte und die Ereignisse der Zwischenzeit mich immer wieder darin bestärkten, ist leicht zu verstehen, warum ich die hinhaltende Behandlung

des Reparationsproblems ohne Begeisterung registrierte. ...<<

Der nordamerikanische Diplomat Robert D. Murphy (1894-1978) berichtet später über die französische Politik nach dem Potsdamer Abkommen (x156/34): >>Da Frankreich nicht in Potsdam vertreten war, hatte die französische Regierung das Protokoll auch nicht unterschrieben und war infolgedessen an keine seiner Bestimmungen gebunden. So begann die Viermächte-Besatzung ihre Arbeit mit einer verärgerten französischen Regierung, die sich in der Position befand, sämtliche Pläne über Deutschland blockieren zu können.

In den nächsten drei Jahren machten die französischen Regierungsvertreter denn auch regen Gebrauch von diesem ihrem einzigartigen Veto. Verschiedene anglo-amerikanische Vorschläge wurden von den Franzosen niedergestimmt, und die Folge davon war, daß die Sowjetunion ihre eigenen Vorstellungen über Europa verwirklichte. Es ist die Ironie des Schicksals, daß Stalin, der immer eine französische Beteiligung an der Deutschlandbesetzung bedauert hat, dann der Hauptnutznießer der französischen Politik in den ersten Nachkriegsjahren geworden ist. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtet später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-193, x309/125-126): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907.

Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung (Art. 43, 46, 50). Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.

... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

... Bereits während des Zweiten Weltkrieges wurde durch die Anti-Hitler-Koalition das Recht auf Heimat anerkannt und für sich in Anspruch genommen. Mit Recht verurteilte die Welt Hitlers Lebensraumpolitik, weil sie eine Austreibung von altansässigen Bewohnern mit sich brachte. ...

Nach internationalem Recht fällt die Hoheitsgewalt im Krieg besetzter Gebiete an den früheren Souverän zurück, sobald der Eroberer, aus welchen Gründen auch immer, sie aufgibt, keine Macht mehr ausübt.

Das bedeutet für Polen (im Zuge des Vormarsches der Roten Armee) sofortigen Wiedergewinn der Hoheitsgewalt in den Gebieten, die bei Kriegsausbruch polnisches Staatsgebiet waren, einschließlich Warthegau und Korridor (nicht aber Danzig und Ostpreußen!). ...

... Auch die Tschechoslowakei erlangte im Verlauf der letzten Kriegereignisse Hoheitsgewalt über ihre Staatsgebiete vom Stand nach dem Münchener Abkommen. Das Sudetenland blieb vorerst rechtlich deutsches Reichsgebiet. Soweit die Tschechen die 400.000 tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Herkunft und die eine Million reichsdeutscher Flüchtlinge aus Schlesien als "feindliche Ausländer" oder als "fünfte Kolonne" auswiesen, war dies innerhalb der Hoheitsbefugnisse des tschechischen Staates.

Gleiches gilt für die großen Gruppen ungarischer, rumänischer und jugoslawischer Staatsbürger deutscher Herkunft, die ausgewiesen wurden, wenn es auch im Fall Ungarns und Rumäniens etwas merkwürdig anmutet, daß in diesen Menschen nun plötzlich "feindliche Ausländer"

gesehen wurden; immerhin waren Ungarn und Rumänien mit dem Deutschen Reich verbündet gewesen. ...

Die Vertreibungen begannen noch vor Kriegsende, jeweils kurz nachdem die Rote Armee die fraglichen Gebiete erobert hatte. Diese Vertreibungen waren eindeutig völkerrechtswidrig, denn weder die Sowjetunion noch Polen oder die Tschechoslowakei konnten während des Krieges Souveränität über deutsches Reichsgebiet erlangen.

Auch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 änderte nichts daran. Denn es war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Das geht nicht nur aus dem Text der Kapitulationsurkunde hervor, sondern auch aus der Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz, wenn auch praktisch machtlos, weiter bis zu ihrer gewaltsamen Absetzung am 23. Mai 1945 im Amt blieb; bis zu diesem Datum waren alle Vertreibungen aus deutschem Reichsgebiet gemäß Haager Landkriegsordnung (Art. 42-56) völkerrechtlich illegal.

Ob die HLKO nach diesem Datum oder nach der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 in Kraft blieb, ist umstritten. Mit der "Berliner Deklaration" übernahmen die "Großen Vier" (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) offiziell die Souveränität über Deutschland in den Grenzen von 1937, jedoch ohne Deutschland zu annektieren. ...<<

>>... Im März 1950 urteilte die Walter-Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses in einem ausführlichen Bericht über die Vertreibung der Deutschen, daß keine Phase der Vertreibung als human bezeichnet werden könne.

Die Behauptung, die Vertreibungen seien in 'geregelter und humaner Weise' durchgeführt worden, wird seit jeher durch Zehntausende Erlebnisberichte der Ost-Dokumentation des Bundesarchivs sowie durch amerikanische und britische Berichte der Jahre 1945 bis 1948 vollkommen widerlegt.

Seit 1989 bestätigen Dokumente aus russischen, tschechischen, polnischen und serbischen Archiven die Grausamkeit der Vertreibung.<<

Der deutsche Publizist Rudolf Augstein (1923-2002, Herausgeber des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel") berichtet am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (2/1985) über das Potsdamer Abkommen: >>"Auf die schiefe Ebene zur Republik"

... Zwar stimmt es, daß Europa, und mit ihm das Deutsche Reich, von einer unsäglichen Schreckensherrschaft befreit worden war. Aber nur ein Teil von Europa, ein Teil auch des Deutschen Reiches.

Ein nicht kleiner Teil wurde überhaupt nicht befreit, sondern nur einer neuen Schreckensherrschaft unterworfen.

Hitler und Stalin im Bösen zu vergleichen macht wenig Sinn, es sei denn, daß Hitler wahnhafter war. Polen, Esten, Letten und Litauer, soweit Stalin sie nicht schon umgebracht hatte, wurden nicht befreit. Auch nicht die Tschechen, Polen, Slowaken, Rumänen, Ungarn und Bulgaren. Ob man jene zehn bis fünfzehn Millionen Deutschen, die gewaltsam aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, als "Befreite" bezeichnen kann, mag dahinstehen. Zwei Millionen starben während dieser Umsiedlung, die gemäß dem Potsdamer Abkommen auf "eine geregelte und menschliche Weise" abgewickelt werden sollte.

Jedenfalls gelangten die Überlebenden nicht von einer Schreckensherrschaft in die andere, wenn sie die Bundesrepublik erreichten.

Waren alle aus dem deutschen Osten und aus der CSSR Vertriebenen Verbrecher, Kriegsverbrecher? "Ich glaube nicht, daß die 8 Millionen Menschen, die ausgetrieben werden, Kriegsverbrecher sind", sagte Churchill am 21. Juli 1945 in Potsdam zu Stalin. "Sie sind alle geflohen", behauptete er.

Churchill, nur noch wenige Stunden im Amt, bemängelte, Polen nehme nun ein größeres Territorium an sich als jenes, das es an Rußland habe abtreten müssen. Das könne Schwierigkei-

ten "für uns alle geben". Stalin: Es sei besser, den Deutschen Schwierigkeiten zu bereiten als den Polen. "Je geringfügiger die deutsche Industrie ist, desto größer wird dann auch der Markt für amerikanische und britische Waren sein." Ein schlauer Kerl, dieser Stalin.

Als man sich nicht einig wurde, erkrankte Stalin. Er hatte sich erkältet, laut Molotow. US-Außenminister Byrnes erklärte, die USA seien bereit, den sowjetischen Wünschen hinsichtlich der polnischen Westgrenze zu entsprechen, wenn die UdSSR in der Reparationsfrage nachgebe. Er schlug eine endgültige Festlegung der provisorischen Westgrenze Polens "westlich von Stettin zur Oder, bis zum Nebenfluß der östlichen Neiße und entlang der östlichen Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze" vor.

Molotow lehnte ab. Stalin war immer noch erkältet. Molotow schlug die westliche Neiße als Grenze vor, was bedeutete, daß Brieg, Breslau und Liegnitz, weitere 2,7 Millionen Deutsche also, Polen zugeschlagen wurden. Stalins Erkältung besserte sich nun rasch.

Es gab keinen Irrtum hinsichtlich der östlichen und der westlichen Neiße. Vielmehr gaben die beiden Westmächte ohne große Skrupel nach. Im Tagesprotokoll taucht sie dann beiläufig auf, die "Umsiedlung" der Deutschen aus der Tschechoslowakei, allerdings nicht mit der Ziffer 3,5 Millionen, wie es korrekt gewesen wäre, sondern 2,5 Millionen. Sehr viele dieser Leute mögen Nazis gewesen sein. Aber "Kriegsverbrecher" waren nur sehr wenige.

Das Gespenstische an der Potsdamer Konferenz lag darin, daß hier ein Kriegsverbrechengericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben des späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon von Hiroshima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war.

Alle drei hatten "Bevölkerungsumsiedlungen" verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wußten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben mußte, hätten sie alle drei hängen müssen. Denn sie haben sowohl angeordnet wie gewußt, was man von dem Tölpel Sauckel nicht unbedingt sagen kann. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 8. März 1996 über das Potsdamer Abkommen:

>>**Der Vertrag, der keiner war**

Nein, Klaus Kinkel hat nicht das Potsdamer Abkommen angezweifelt, wie aufgebrachte Tschechen meinen. Er konnte es schon deswegen nicht tun, weil es ein solches "Abkommen" nie gegeben hat, mögen auch Politiker und Journalisten dieses Gespenst, von dem man seit dem Untergang des Ostblocks nichts mehr gehört hatte, wieder aus dem Grab holen.

Anfang August 1945 konnten die Deutschen in den vier Besatzungszonen eine "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" lesen, die aus vierzehn Abschnitten bestand. Im Cecilienhof in Potsdam, dem ehemaligen Schloß des deutschen Kronprinzen, hatten sich Mitte Juli die Staatsmänner der drei Siegermächte getroffen (Truman, Stalin und Churchill, der in der Endphase, nach seiner Wahlniederlage in England, von Attlee abgelöst wurde), um über die Nachkriegsordnung in Europa, den Krieg in Ostasien und andere Weltprobleme zu beraten. Als offizielles Dokument der Gipfelkonferenz gilt ein Verhandlungsprotokoll, das noch um sieben Abschnitte länger ausfällt als das Abschlußkommuniqué.

Das Ganze ist ein Sammelsurium von unverbindlichen Absichtserklärungen und zweideutigen Empfehlungen, von Meinungen, Übereinkünften und ein paar gemeinsamen Beschlüssen (so wird ein Rat der Außenminister beauftragt, Friedensverträge mit Deutschlands ehemaligen Verbündeten vorzubereiten). Keineswegs handelt es sich um einen formvollendeten Vertrag, der feierlich unterschrieben und dann ratifiziert wird, auch nicht um ein "Verwaltungsabkommen", das zwar die Staatsmänner allein abschließen, das aber ebenso verbindlich ist wie

ein regulärer Vertrag.

Sogar die Unterschriften fehlen unter dem Potsdamer Konferenzbericht vom 2. August 1945. In der letzten Plenarsitzung am späten Abend des 1. August ging es ziemlich chaotisch zu. Jeder hatte noch Ergänzungen fürs Kommuniqué, das bereits am nächsten Abend über den Äther gehen sollte. Darum übergaben die "Großen Drei" mehrere Haufen ungeordneter Papiere einem Unterausschuß, der alles harmonisieren sollte.

Auf Blankobögen, die später mit Büroklammern an die beiden Dokumente (Protokoll und Presseerklärung) geheftet wurden, setzten die mächtigsten Männer der Welt formlos ihre Namenszüge, in der Reihenfolge Stalin, Truman, Attlee. Nach der Abreise der Staatsmänner benötigte der Unterausschuß zwei Sitzungen, ehe gegliederte, korrigierte Texte vorlagen - und selbst dann gab es noch Abweichungen. "Etwas Besseres war unter den Umständen nicht möglich", bedauerte einer der britischen Diplomaten.

Schon nach ein paar Monaten zerstritt sich der Alliierte Kontrollrat über die Auslegung des Protokolls. Wie wenig verbindlich selbst Beschlüsse wie jener über die von Polen verwalteten deutschen Ostgebiete waren, zeigte sich 1947, als die Amerikaner vorschlugen, die Oder-Neiße-Linie um einige hundert Kilometer ostwärts zu verlegen, damit ein Teil der ostdeutschen Vertriebenen in die Heimat zurückkehren könnte.

Amerikanische oder englische Politiker haben denn auch nie von einem Potsdamer Vertrag oder Abkommen gesprochen. Anders die Russen: Für sie und ihre Marionetten in der DDR existierte ein völkerrechtlich verbindliches "Potsdamer Abkommen", auf dem die neue europäische Ordnung aufbauen sollte. 25 Jahre lang gebrauchte es die Sowjetunion als Waffe im Kalten Krieg. Die DDR betrachtete die Potsdamer Erklärung eine Zeitlang als Ersatzfriedensvertrag.

In Bonn hat man sich diesen Schuh nie angezogen. Am 9. August 1968 erklärte die Regierung der Großen Koalition in einer Note an die Sowjetunion, es sei "nicht ihre Sache, sich über Gültigkeit, Auslegung und Geltungsbereich von Vereinbarungen zu äußern, an denen sie nicht beteiligt ist". Außenminister Kinkel hat lediglich diese Ansicht wiederholt: Eine Abmachung unter Dritten ist für Deutschland völkerrechtlich unverbindlich. Dennoch muß niemand fürchten, die Bundesrepublik wolle die europäische Nachkriegsordnung destabilisieren. Im Gegenteil: Von 1949 bis 1992 hat sie in vielen internationalen Verträgen diese Friedensordnung mit aufgebaut und garantiert, zum Beispiel auch die Tschechische Republik in den Grenzen von 1937 respektiert.

Gegenstand des Streites zwischen Prag und Bonn ist nun das berüchtigte Kapitel XIII der Potsdamer Beschlüsse. Darin heißt es, die drei Regierungen erkennen an ("recognize"), "daß die Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn befindlichen (deutschen) Bevölkerung oder von Teilen davon nach Deutschland vorgenommen werden muß". Schon dieser Satz ist ein Beispiel für die Schludrigkeit der westlichen Politiker am Potsdamer Runden Tisch. Während sie an anderer Stelle die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von einem Friedensvertrag abhängig machten, wurden hier wie selbstverständlich deutsche Gebiete bereits als "Polen" bezeichnet.

Eigentlich hätte es des Kapitels XIII gar nicht bedurft, denn die Großen Drei waren sich seit den Kriegs-Gipfelkonferenzen von Teheran (1943) und Jalta (Februar 1945) einig, daß Millionen von Deutschen aus den Ostgebieten umgesiedelt werden sollten. Eine "Entmischung" sollte die 1918 zwischen Deutschland und Rußland entstandenen Nationalitätenstaaten von Minderheiten befreien, um den inneren Frieden abzusichern.

Die westlichen Alliierten rechneten überschläglich mit sechs bis sieben Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen der größere Teil in die Westzonen kommen würde. In Potsdam stellte sich die Lage jedoch anders dar. Nun waren mindestens acht bis zehn Millionen Menschen betroffen, die umzusiedeln nach Churchills Meinung undurchführbar sei, denn "sie

bringen ihre Mägen mit".

Nachdem Stalin selbstherrlich ganz Ostdeutschland, das eigentlich zur sowjetischen Besatzungszone gehörte, den Polen überlassen hatte, mußten die Westzonen ohne die ostdeutsche Kornkammer auskommen. Wie sollten die englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden solcher Belastung Herr werden? Die "wilde Austreibung" der deutschen Bevölkerung durch Polen und Tschechen mußte also dringend gestoppt und in ordentliche Bahnen gelenkt werden, mit einem genauen Zeitplan und aufgeschlüsselt auf die Besatzungszonen.

Nach Churchills Informationen standen noch 2,5 (von 3,2) Millionen Sudetendeutsche vor den Toren. Doch Stalin behauptete in der Plenarsitzung am 25. Juli 1945, die meisten hätten bereits die Tschechoslowakei verlassen. Auf seine drastische Art setzte er hinzu: "Die Tschechen geben ihnen zwei Stunden und werfen sie dann hinaus." (In der Wirklichkeit ließ man den Sudetendeutschen oft nicht mal eine halbe Stunde zum Aufbruch.)

Und als erwogen wurde, ob nicht Präsident Benesch selber den Großen Drei Auskunft geben sollte, meinte Stalin, das hieße "den Senf nach der Mahlzeit servieren". Wie üblich, wenn die Großen nicht weiterkamen, überließen sie das Problem den Außenministern, die wiederum einen Unterausschuß einsetzten, der im Eilverfahren einen Beschluß fassen mußte.

Worauf es den Westmächten ankam - Stalin stimmte nach anfänglichem Sträuben zu -, verrät schon die Überschrift des Kapitels XIII: "Ordnungsgemäße Umsiedlung (Transfer) der deutschen Bevölkerung". Die drei Regierungen "stimmten darin überein", daß die Umsiedlung "organisiert und human" erfolgen solle. Diese Bedingungen sind freilich erst seit Anfang 1946 einigermaßen erfüllt worden. Denn zuvor mußte sich der Alliierte Kontrollrat in Berlin mit den Regierungen der Austreiberländer abstimmen.

Dem Text dieses Beschlusses ist nicht zu entnehmen, daß er die als "Umsiedlung" verbrämte Vertreibung völkerrechtlich sanktioniert, wie tschechische Politiker meinen. Was vorliegt, ist eine politische Absichtserklärung, die an die Regierungen in Prag und Warschau weitergegeben wird. Die Großen Drei erkennen an, daß zu Ende gebracht werden muß, was seit Monaten im Gange ist. Von Haß und Rachsucht erfüllte Polen und Tschechen hatten von sich aus die Initiative ergriffen. Stalin brachte es in der Schlußsitzung auf den Punkt: Wegen der Verhältnisse, die sie selber geschaffen hätten, sei es den Deutschen unmöglich, in diesen Ländern zu bleiben.

Die Tschechen brauchten damals nicht das Potsdamer Einverständnis, um ihre ehemaligen sudetendeutschen Mitbürger "abzuschieben". Mehr als fünfzig Jahre danach klammern sie sich an den Artikel XIII, um, was Vertreibung, also "schweres Unrecht" (Richard von Weizsäcker), war, weiterhin als "zwangsweise Aussiedlung" ausgeben zu können.

Leichtfertig haben sich Präsident Truman und der britische Premierminister Attlee in Potsdam mit den hoffnungsvollen Vokabeln "geordnet und menschlich" zufriedengegeben. Es stand nicht in ihrer Macht, die Vertreibung zu stoppen. Eher hilflos bedeuteten ihre Vertreter im Unterausschuß dem russischen Kollegen, "daß sie für den Gedanken von Massenausweisungen eigentlich nichts übrig hätten".

Andererseits war den Westmächten die Einigung mit den Russen in Potsdam - die Konferenz drohte mehrmals zu platzen - wichtiger als das Leid Millionen Deutscher. Das Konferenzprotokoll läßt daran gar keinen Zweifel, heißt es doch im Kapitel III ("Über Deutschland") gleich am Anfang: "Das deutsche Volk beginnt, für die furchtbaren Verbrechen zu büßen."<<

Der deutsche Historiker Werner Maser (1922-2007) schreibt später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 5. Oktober 2002 über die "Berliner Konferenz" (x887/...): >>**Berliner Konferenz 1945: Als Deutschland "verramscht" wurde**

Nach dem Zweiten Weltkrieg entschieden die Alliierten über das besiegte Deutschland. Doch wieso haben die Briten und Amerikaner, die ihre Zonen noch vergleichsweise gut verwalteten, zugelassen, daß Stalin seine besetzten Gebiete ausbeutete? Wer hatte unter den Alliierten

Macht über wen? Ein Blick auf die Rahmenbedingungen schafft Licht ins Dunkel.

Als historische Tatsache wurde und wird in Ost und West nach wie vor wahrheitswidrig die "Berliner Konferenz" vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im "Cecilienhof" in Potsdam als "Potsdamer Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Vereinbarungen, Konsequenzen und Vorgaben der Siegermächte dargestellt. An diesem Ort hatte auch Hitler vor der "Machtübernahme" zusammen mit Göring, Röhm und einigen weiteren Funktionsträgern der NSDAP den einstigen deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen besucht und ihm in der durchsichtigen Hoffnung auf dessen Sympathiebekundung erklärt: "Ich sehe als Krönung meines Werkes die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums unter Beseitigung der Bundesstaaten. Ich denke mir, daß dann ein Hohenzoller an der Spitze steht."

78 Tage nach seinem Tod konferierten andere im einstigen Hohenzollern-Schloß: die sogenannten "Großen Drei", ... Truman (für die USA), Stalin (für die UdSSR) und zunächst Churchill und nach dessen Ablösung Attlee (für Großbritannien). Ihre Konferenz hat infolge der sowjetischen Propaganda und politischen Entscheidungen als "Potsdamer Abkommen" nicht nur in der geschriebenen Geschichte ihren Platz gefunden.

Sie erscheint - auch durch Mitverschulden der Westmächte - nicht nur in Rußland und den einstigen anderen Staaten des 1955 geschlossenen Warschauer Paktes nicht tatsächengerecht als Konferenz der Siegermächte, die völkerrechtswidrige gemeinsame Entscheidungen und Maßnahmen gegen den geschlagenen Gegner diskutierten und planten, sondern als "Abkommen" mit völkerrechtlich gültigen Konsequenzen für die Sowjetunion, Deutschland und Polen, dem Stalin unter Mißachtung der Absprachen mit den Westalliierten von sich aus kurzerhand deutsche Ostterritorien übertragen hatte.

Keine zeitgeschichtliche Konferenz wurde in der Sowjetunion, in der "Sowjetisch besetzten Zone" und später in der DDR so oft als Legitimation für völkerrechtswidrige und andere unrechtmäßige sowjetische und eigene politische Maßnahmen mißbräuchlich strapaziert wie die zum "Potsdamer Abkommen" umfunktionierte "Berliner Konferenz", die mit dem Abschluß des Zwei-plus-vier-Abkommens von 1990 offiziell ihre Wirksamkeit verlor, ohne jedoch revidiert zu werden. Bis zum Zusammenbruch des Sowjetimperiums wurde der Bundesrepublik Deutschland und den Westmächten, immer mit dem Hinweis auf das "Potsdamer Abkommen", der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen und Vorgaben des "Abkommens" ignoriert zu haben.

Im DDR-"Weißbuch" von 1951 beispielsweise, das den provokativen Titel "Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus" trug und die Konferenz ebenfalls als "Potsdamer Abkommen" titulierte, wurde vor allem den USA massiv vorgeworfen, die Bestimmungen und Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" rigoros zu ignorieren und teilweise ins Gegenteil zu verkehren, indem sie weiterhin mit "Nazidirektoren" der deutschen Schwerindustrie zusammenarbeiteten und die "Empfehlungen" des "Potsdamer Abkommens" vorsätzlich ignorierten. Im "September 1950", so hieß es im DDR-"Weißbuch", fand in New York eine Tagung der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs statt, auf der "Deutschland treffende Beschlüsse gefaßt" wurden, "die schwerwiegende Verletzungen des Potsdamer Abkommens" darstellten.

Stalin ging es bei der von ihm initiierten Klassifizierung der "Konferenz" zum "Abkommen" vor allem darum, sich bei seinen außenpolitischen Maßnahmen auf angeblich internationale Abkommen berufen zu können, die er unter den Augen der Westalliierten spezifisch zugunsten der Sowjetunion stilisierte und instrumentalisierte. So erschienen, um zunächst nur einige Aspekte zu nennen, die völkerrechtswidrige Einverleibung Ostpreußens, die Unterstellung eines Teiles Ostpreußens unter polnische Herrschaft, die Enteignungsmaßnahmen in der Sowjetzone und die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland als von den vier Siegermäch-

ten übereinstimmend vereinbarte Maßnahme.

Noch ehe die westlichen Kontrollräte begriffen hatten, was geschehen war, hatte die Sowjetunion am 9. Juni 1945 in Berlin-Karlshorst als oberstes Machtorgan der sowjetischen Besatzungszone eine Sowjetische Militäradministration (SMAD) installiert. Unter ihrer Regie entfernten die Sowjets bereits vor der "Berliner Konferenz" Reparationsgüter erheblichen Ausmaßes in der offensichtlichen Furcht, daß die Westmächte während der für Juli 1945 programmierten Konferenz Einsprüche gegen bestimmte Maßnahmen der UdSSR erheben würden. Schließlich waren es 33 Prozent der Industrieanlagen aus ihrem Berliner Sektor und 85 Prozent aus den Westsektoren.

Während die Amerikaner innerhalb eines Jahres für 200 Millionen und die Briten für 320 Millionen Dollar Lebensmittel in ihre Zonen lieferten, baute die Sowjetunion seit Anbeginn der Besetzung Fabriken, Industrieanlagen, Maschinen und technische Geräte als Reparationsleistungen ab und verschleppte Facharbeiter sowie Spezialisten aller Art zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion. Als Stalin, Roosevelt und Churchill im Juli 1945 in Potsdam konferierten, war aus Berlin nicht mehr viel herauszuholen. Dennoch erklärten die Sowjets erst im Januar 1947, daß ihre Demontagen beendet seien. Alles dies geschah unter Berufung auf das sogenannte Potsdamer Abkommen.

Daß die Protokolle der Potsdamer Verhandlungen - abgesehen von dem Zugeständnis der Westalliierten, die auf den sowjetischen militärischen Beitrag in ihrem Krieg gegen Japan warteten, für Reparationsentnahmen der Sowjets - keine Zusicherungen für derartige Maßnahmen enthielten, ignorierten nicht nur die Sowjets, sondern auch die Westmächte.

Daß die Potsdamer Protokolle infolge ihrer Unzulänglichkeit darüber hinaus Auslegungen nahezu jedweder Art zuließen, könnte durchaus programmiert gewesen sein. Sie tragen unmittelbar nach den letzten Mitschriften, also am Schluß, weder die Unterschriften der Teilnehmer noch Stempel oder Siegel. Stalin, Truman und Attlee haben am 1. August 1945 durch ihre Unterschriften lediglich bestätigt, daß sie dem "Protokoll" der "Berliner Konferenz" zustimmten, ohne die während der Besprechungen geführten Mitschriften indes selbst gelesen zu haben, was durch die teilweise gravierenden inhaltlichen Abweichungen in den übersetzten Wiedergaben zweifelsfrei bestätigt wird.

Unter der zur Information der Weltöffentlichkeit verfaßten, in englischer, französischer und deutscher Sprache publizierten "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz in Berlin" vom 2. August 1945 befanden sich bei der englischen und französischen Publikation am Schluß kommentarlos die gedruckten Namen der drei Hauptakteure, während es bei der deutschen Wiedergabe zusätzlich hieß, daß Stalin, Truman und Attlee den "Bericht ... unterzeichnet" hätten. Auf der russischen Ausgabe der "Mitteilung" fehlten die Namen und der entsprechende Hinweis.

Zwar war Stalin bereits spätestens seit Jalta die Meinungsführerschaft in den Verhandlungen zugefallen, doch seine mißtrauische Mentalität und seine Charakterstruktur haben ihn offenbar befürchten lassen, mit Truman nicht so umgehen zu können wie mit Roosevelt, so daß er die Möglichkeit einkalkulierte, in Potsdam von seinen westlichen Partnern womöglich auf Aspekte und Kriterien festgelegt werden zu können, die seinen Plänen und Zielen zuwiderliefen. Fehlten die gedruckten Unterschriften unter dem sowjetischen Protokoll, so dürfte er kalkuliert haben, könnte ihm von den Westalliierten bei abweichenden politischen Maßnahmen schwerlich unterstellt werden, wortbrüchig geworden zu sein.

Nicht auszuschließen ist im Zusammenhang mit den Unterschriften allerdings auch die Version, daß Stalin, Truman und Attlee am 1. August 1945 ihre Namen - ohne Vornamen - auf ein Blatt ohne DIN-Format, ohne gedruckten Kopf, Stempel und Siegel nur geschrieben hatten, weil sie von Medienvertretern, die über die Konferenz zu berichten hatten, darum gebeten worden seien. Auch wenn dies zutrifft, ist Stalins Verhalten nicht anders einzuschätzen.

Das Blatt wurde dem Protokoll, das sich nach offiziellen Angaben aus Potsdam nicht mehr in Deutschland befindet, einfach angefügt. Daß die - für Völkerrechtsvereinbarungen unübliche - Unterstreichung der Unterschriften nachträglich vorgenommen wurde, ist bei Stalins Signatur deutlich zu erkennen. Der Querstrich geht durch den ersten Buchstaben des nicht ausgeschriebenen Vornamens "Joseph" und tangiert auch das "t" und das "n" im Nachnamen "Stalin".

Bezeichnend für die Siegermächte war, daß sie die mehrfach von einander abweichenden Protokolle der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam erst während des "Kalten Krieges" publizierten. Die ersten US-amerikanischen Teheran-Publikationen erschienen im Mai 1961, die ersten sowjetischen im Juli 1961, die ersten US-amerikanischen Veröffentlichungen von Jalta-Unterlagen zur Jahreswende 1955/56, die ersten sowjetischen 1965. 1965/66 wurden in Moskau auch Teile der Potsdamer Dokumente publiziert. In den USA war dies 1961 (mit Vorwort-Datierung vom 15. März 1960 für den ersten und vom 23. März 1960 für den zweiten Band) geschehen.

Daß in der Potsdamer Dokumentation vom 1. August 1945, auf das sich die weitaus meisten Interpreten beziehen, nur einmal, und zwar im Artikel XIII, der sich lediglich mit der Ausweisung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei befaßt, von einem "Abkommen" die Rede ist, hat offensichtlich niemanden gehindert, die Konferenz insgesamt als "Abkommen" zu titulieren, obwohl es in der "Mitteilung" für die Weltöffentlichkeit ansonsten wechselweise beispielsweise immer nur heißt, "Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung ...", sie nahm "zur Kenntnis", "prüfte ..." und "hat die Fragen ... der Betrachtung unterzogen". Stalins Äußerungen über die von ihm angestrebte Deutschland-Politik verstanden seine westlichen Gesprächspartner nicht so, wie es nötig gewesen wäre.

Als Churchill beispielsweise während der zweiten Vollsitzung am 18. Juli die Frage stellte, was unter dem Begriff "Deutschland" gemeint sei, antwortete Truman mit der Frage, wie "die sowjetische Delegation diese Frage" auffasse, was Stalin als Aufforderung auffaßte, - wie in Jalta - die Meinungsführerschaft zu übernehmen. "Deutschland", so sagte er, "ist das, was es nach dem Krieg wurde. Ein anderes Deutschland gibt es jetzt nicht ... Deutschland ist, wie man bei uns sagt, ein geographischer Begriff. Wollen wir es vorläufig so auffassen! Man darf nicht von den Ergebnissen des Krieges abstrahieren ... Es hat sich infolge des Krieges verändert, und so fassen wir es auf."

Churchills ausdrückliche Bemerkung, daß er vom "Vorkriegs-Deutschland" ausginge, befindet sich lediglich im US-Protokoll. Im russischen Protokoll taucht sie nicht auf.

Churchill, der während der vom 14. bis zum 25. Januar 1943 stattfindenden Konferenz von Casablanca die Errichtung einer zweiten Front gefordert hatte und auf der vom 17. bis zum 24. August 1943 tagenden Konferenz von Quebec dafür eingetreten war, Deutschland nach dem Ende des Krieges keinen Friedensvertrag zu gewähren, nahm in Potsdam die zu der Zeit mit seinen Vorstellungen durchaus noch verwandten Zielvorstellungen Stalins ohne angemessene Gegenwehr hin.

Er schätzte Stalin zwar richtig ein, war aber außerstande, sich gegen den Stalin anders sehenden Roosevelt durchzusetzen, der nach der Konferenz die bedingungslose Kapitulation Deutschlands (Unconditional Surrender) als alliiertes Kriegsziel proklamiert und im Februar 1944 sein Einverständnis mit der West-Verschiebung der polnischen Grenze erklärt hatte.

Zehn Jahre später, als der "Kalte Krieg" sorgsam gehütete "Geheimnisse" hochspülte, memorierte er in seinen Erinnerungen: "Erst in unserer Sitzung vom 21. Juli (1945) kamen wir auf Polen zurück. Die Sowjetunion wünschte, die Westgrenze Polens sollte westlich von Swinemünde zur Oder verlaufen, Stettin auf polnischer Seite belassen, dann der Oder bis zur Einmündung der westlichen Neiße und schließlich diesem Fluß bis zur tschechoslowakischen Grenze folgen. Truman wies auf unsere Vereinbarung hin, Deutschland auf der Grundlage seiner Grenzen von 1937 in vier Besatzungszonen aufzuteilen."

Die Briten und Amerikaner seien demgemäß in ihre neuen Zonen zurückgegangen, aber die Sowjetregierung habe anscheinend den Polen eine eigene Zone eingeräumt, ohne sich mit uns darüber zu beraten. Wenn diese Zone aber nicht als ein Teil Deutschlands behandelt werde, wie seien dann die Reparationen und alle sonstigen deutschen Probleme zu regeln?

Stalin bestritt, den Polen eine eigene Zone gegeben zu haben. Die Sowjetregierung sei außerstande gewesen, ihnen Halt zu gebieten. Die deutsche Bevölkerung sei mit den deutschen Armeen nach Westen geflohen. Nur die Polen seien zurückgeblieben. Irgend jemand müsse die Etappengebiete der Sowjetarmeen verwalten. Diese seien es nicht gewohnt, Schlachten zu schlagen, Gebiete zu befreien und gleichzeitig eigene Verwaltungen einzurichten. Warum sollte man das nicht den Polen überlassen?"

Daß die deutsche Bevölkerung mit den deutschen Armeen nach Westen geflohen sei, so daß die "Etappen-Gebiete" von der Sowjetarmee verwaltet werden müßten, war eine dreiste Lüge. Tatsache war dagegen, daß bis zum Tage der Kapitulation mehr als fünf Millionen Deutsche in den deutschen Ostgebieten und in Polen verblieben waren. Im Sommer 1945, nach der Rückkehr vieler Flüchtlinge, waren es rund 5.650.000.

Molotow erklärte während der Moskauer Außenministerkonferenz vom 9. April 1947, daß die polnische Regierung bis zum 1. Januar 1947 6.578.000 Deutsche ausgewiesen habe - und immer noch weitere 400.000 im Lande seien.

Auf Stalins unmißverständlichen Hinweis in Potsdam, daß die Sowjets eine womöglich in Königsberg auftauchende Verwaltung "fortjagen" würden, wußte Truman lediglich mit dem Hinweis zu reagieren, daß in Jalta doch vereinbart worden sei, daß "die Territorialfragen auf der Friedenskonferenz entschieden werden" müßten.

Stalins Antwort lautete: Deutschland "ist ein Land, das keine Regierung ... keine fixierten Grenzen hat, weil die Grenzen nicht von unseren Truppen festgelegt werden. Deutschland hat überhaupt keine Truppen, Grenztruppen eingeschlossen, es ist in Besatzungszonen zerteilt ... Es ist ein zerschlagenes Land."

Stalin wußte zwar, daß die Vorgabe, Deutschland sei mit seiner Niederlage letztlich auch als Völkerrechtssubjekt untergegangen, zugleich auch den Schluß implizierte, als Siegermacht bis zum Abschluß eines Friedensvertrages keine Zugriffsmöglichkeiten auf "Deutschland als Ganzes" zu haben, weil es in dem Falle kein Bezugsobjekt gäbe, doch er konnte nicht erst seit dem Beginn dieser Konferenz davon ausgehen, daß seine Gläubiger USA, Kanada und Großbritannien, die ihm während des Krieges Material für rund zwölf Milliarden Dollar geliehen hatten, deren Rückgabemöglichkeiten sie irgendwie sichern mußten, nichts in den Weg stellen würden, wenn er durchsetzte, was ihm vorschwebte.

Von ihnen hatte er 427.000 Kraftfahrzeuge, rund zwei Drittel des Kriegsfuhrparks der Roten Armee, 10.000 Panzer, knapp 19.000 Flugzeuge, 1.900 Lokomotiven, 197 Torpedoboote, 782.973 Tonnen Fleischkonserven, 15 Millionen Paar Schuhe und große Teile der Uniformstoffe auf Kredit bekommen, auf dessen Rückzahlung die einstigen Westalliierten immer noch hoffen.

Die Bezeichnung "Potsdamer Abkommen" statt Potsdamer oder "Berliner Konferenz", reflektiert die Bilanz einer Politik, die auch der außenpolitisch sehr versierte Churchill nicht in andere Bahnen zu lenken vermochte. Lord Moran, sein Leibarzt, der sein uneingeschränktes Vertrauen besaß und ihn ständig sorgfältig beobachtete, schrieb am 24. Juli 1945 in sein Tagebuch: "Jetzt ist es zu spät, Stalin in die Schranken zu weisen." "Er (Churchill) weiß, daß der Zeitpunkt, Grenzen zu ziehen, verpaßt ist. Die Rote Armee flutet über Europa hinweg. Und sie wird bleiben, wo sie sich einmal festgesetzt hat."

Hitler, dem seine 1945 in US-Gefangenschaft geratenen Ärzte 1945 nicht nur übereinstimmend attestierten, bis zum Schluß über ein "ausgezeichnetes" Orientierungsvermögen und über ein "hervorragendes" Erinnerungsvermögen verfügt zu haben, das sowohl "nahe und

fernliegende" als auch statistische und persönlichkeitsbezogene Details und Zusammenhänge "sofort" und "vortrefflich" parat hatte, sondern auch bescheinigten, ein "vorzügliches" Urteilsvermögen "über Zeit- und Raumbeziehungen" gehabt zu haben sowie frei von "krankhaften Ängsten oder Zwangsvorstellungen ... Halluzinationen, Illusionen oder paranoiden Neigungen" gewesen zu sein, ahnte nicht erst seit Jalta, was kommen würde.

Daß ihn zu der Zeit, wie beispielsweise Joachim Fest, der die Berichte der Hitler-Ärzte nicht kannte, 1973 in seiner Hitler-Biographie fabulierte, ein "nachlassendes Gedächtnis und ... mangelnde Konzentrationsfähigkeit" plagten, ist eine Legende, die Hitler zu einer Figur stilisiert, die es bis zu dessen Selbstmord niemals gegeben hat. Hitler, der bereits seit Mitte Dezember 1942 ahnte, daß er den Krieg verlieren würde, wußte genau, was Deutschland nach der militärischen Niederlage zu erwarten hatte.

Am 6. Februar 1945 hatte er - nach den Gesprächsprotokollen Martin Bormanns - in Berlin im Hinblick auf die in Jalta diskutierten Beschlüsse sinniert:

"An unseren Grenzen wütet der Kampf, und bald wird das Reichsgebiet zum Schlachtfeld. Der Feind konzentriert seine vereinten Kräfte zum letzten Ansturm. Es geht für ihn nicht darum, uns zu besiegen; sie wollen uns vernichten. Unsere Feinde haben beschlossen, das Reich zu zerstören, die nationalsozialistische Weltanschauung auszurotten und das deutsche Volk zu versklaven, um es für seinen Glauben an den Nationalsozialismus zu bestrafen. Es ist fünf Minuten vor zwölf ... Man kann uns vielleicht ausrotten, aber man wird uns nicht widerstandslos ins Schlachthaus abführen."

Am 2. April 1945, 28 Tage vor seinem Selbstmord und dem katastrophalen Toresschluß für das NS-Regime, sagte er:

"Wenn wir in diesem Krieg unterliegen müssen, dann wird es sich um eine totale Niederlage für uns handeln können. Unsere Gegner haben ihr Ziel laut genug verkündet, um uns wissen zu lassen, daß wir uns keinen Illusionen über ihre Absichten hinzugeben haben ... Mit Grauen denke ich an ein von den Siegern in Stücke gehauenes Reich." ...<<